

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Harald Koch, Stefan Liebich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/10727 –**

Polizeiliche Zusammenarbeit mit Belarus

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Fraktion DIE LINKE. weist schon lange darauf hin, dass die parlamentarische Kontrolle von Auslandseinsätzen deutscher Polizisten verbesserungswürdig sei. Derzeit befindet sich ein entsprechender Antrag der Fraktion in der parlamentarischen Beratung (Bundestagsdrucksache 17/8381).

Um ihrem Anliegen einer verbesserten parlamentarischen Kontrolle zu entsprechen, erkundigt sich die Fraktion DIE LINKE. seit dem Jahr 2008 jedes Quartal nach Auslandseinsätzen sowie nach Ausbildungstätigkeiten, die deutsche Polizisten im Ausland anbieten bzw. die ausländischen Polizisten innerhalb Deutschlands angeboten werden.

Im Zusammenhang mit der öffentlichen Aufmerksamkeit der polizeilichen Zusammenarbeit mit belarussischen Sicherheitsbehörden verdichten sich jetzt Hinweise, dass die Antworten der Bundesregierung nicht vollständig erfolgt sind.

So wurde ein Praktikum für belarussische Sprengstoffexperten beim Bundeskriminalamt (BKA) im November 2010 nicht erwähnt. Ein Hinweis darauf befand sich lediglich in einer Mitteilung des belarussischen Innenministeriums, das auf der Homepage der belarussischen Botschaft in Deutschland eingestellt wurde (http://germany.mfa.gov.by/de/news/~page_m12=1~news_m12=749314). Darin ist von insgesamt 50 Ausbildungsmaßnahmen allein im Zeitraum 2009/2010 die Rede. Das sind deutlich mehr, als aus den Antworten der Bundesregierung hervorgeht.

„DER TAGESSPIEGEL“ (7. September 2012) berichtet darüber hinaus, es gebe eine ganze Reihe von Kooperationen, die nicht in den Antworten auf die Kleinen Anfragen berücksichtigt wurden: Fünf Seminare, die für belarussische Polizisten in Deutschland angeboten, und vier Seminare, die von deutschen Polizisten in Belarus durchgeführt wurden. Hinzu kommen mehrere Einsatzbeobachtungen (Beobachtung von Demonstrationsgeschehen in Deutschland durch belarussische Polizisten). Einige dieser Maßnahmen sind offenbar von Seiten verschiedener Länderpolizeien durchgeführt und deshalb vom Bund nicht erfasst worden. Die Fraktion DIE LINKE. sieht dies als Bestätigung für ihre Meinung, dass die öffentliche Kontrolle von Polizeieinsätzen im Ausland, wie der ganze Bereich der internationalen Polizeizusammenarbeit, sehr lückenhaft ist.

Markenzeichen der konkreten Zusammenarbeit mit Belarus war offenbar – zumindest soweit die veröffentlichten Angaben hierzu zutreffen – weniger die Ausbildung im „Schlagstockeinsatz“, wie es bisweilen polemisch formuliert worden ist, sondern vielmehr die Ausbildung belarussischer Polizisten im Bereich des so genannten Migrationsmanagements. Grenzschutz, Dokumentenkontrolle, Abwehr „illegaler“ Migration lauten die Stichworte. Es geht damit vor allem gegen Flüchtlinge bzw. darum, Belarus in die Lage zu versetzen, Flüchtlinge, die das Land auf dem Weg nach Westeuropa durchqueren, zu erkennen und von der Weiterreise in die EU abzuhalten. Die Fraktion DIE LINKE. sieht auch hierin ein menschenrechtliches Problem, da es letztlich zu einer Gefährdung von Flüchtlingen führen kann.

1. Inwiefern waren die Antworten der Bundesregierung auf die regelmäßigen Quartalsanfragen der Fraktion DIE LINKE. („Polizei- und Zolleinsätze im Ausland“, beginnend mit Bundestagsdrucksache 16/10252 im September 2008) unvollständig?
 - a) Welche Einsätze bzw. Kooperationen mit ausländischen Polizeien fehlten in den Antworten der Bundesregierung (bitte nach dem Schema der entsprechenden Anfragen beantworten)?
 - b) Warum wurden diese Maßnahmen nicht in den früheren Antworten aufgeführt?
 - c) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der gegebenenfalls unvollständigen Beantwortung der parlamentarischen Anfragen, und wie will sie sicherstellen, dass solche Anfragen in Zukunft vollständig beantwortet werden?

Die Bundesregierung beantwortet alle parlamentarischen Fragen stets nach bestem Wissen.

Die regelmäßigen Quartalsanfragen der Fraktion DIE LINKE. zielen auf die parlamentarische Kontrolle von Einsätzen des Bundes im Ausland ab. Bei der Beantwortung wurden Art und Umfang der Auslandseinsätze von Polizeibeamten der Bundespolizei und des Bundeskriminalamtes (BKA) umfassend dargestellt. Ausbildungsmaßnahmen, die von Mitarbeitern des BKA in Deutschland durchgeführt wurden, waren mit Blick auf die Zielrichtung der Kleinen Anfragen (Kontrolle von Auslandseinsätzen) nicht aufgeführt. Maßnahmen, die durch den Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder koordiniert wurden, waren ebenfalls nicht Gegenstand der Antworten, weil die Umsetzung dieser Aktivitäten nicht durch Angehörige der Bundespolizei oder des BKA realisiert wurden. Die durchgeführten Maßnahmen im Verantwortungsbereich des Inspektors der Bereitschaftspolizeien der Länder können der Anlage 1 entnommen werden.

2. Welche Erklärung kann die Bundesregierung dazu geben, dass nach Mitteilung des belarussischen Innenministeriums im Zeitraum 2009/2010 insgesamt 50 Maßnahmen der polizeilichen Zusammenarbeit stattgefunden haben, und damit weit mehr, als aus den Antworten der Bundesregierung auf die parlamentarischen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. hervorgeht?
 - a) Welche dieser Maßnahmen wurden bislang nicht aufgeführt, und warum nicht?
 - b) Um welche Maßnahmen handelt es sich im Einzelnen (bitte nach dem üblichen Antwortschema angeben)?

Die Zahl 50 ist nicht nachvollziehbar. Darüber hinaus kommentiert die Bundesregierung die Erklärung des belarussischen Innenministeriums nicht, da ihr die dortigen Erfassungskriterien nicht bekannt sind. Auf die Antwort zur Frage 1 wird verwiesen.

3. Inwiefern und mit welcher Zuverlässigkeit wird die Bundesregierung bzw. die Bundespolizei von Kooperationen, die die Länderpolizeien durchführen, unterrichtet?

Inwiefern und mit welchem Erfolg versucht sie von sich aus, einen möglichst vollständigen Überblick über solche Kooperationen zu erhalten?

Auf einen Vorschlag des Arbeitskreises II beschloss die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) am 20. November 1992 die Einrichtung einer Bund-Länder-Clearingstelle. Diese wird heute als Bund-Länder-Koordinierungsstelle bezeichnet und dient dazu,

- die Koordinierung der Ausstattungs- und Ausbildungshilfe zu verbessern,
- mögliche Überschneidungen frühzeitig zu erkennen und
- die Maßnahmen noch besser aufeinander abzustimmen.

Die Sitzungen der Bund-Länder-Koordinierungsstelle dienen in erster Linie zum Informationsaustausch, insbesondere zum Sach- und Planungsstand der polizeilichen Aufbauhilfe. Hierbei werden lediglich die Schwerpunkte dargestellt. Ein detaillierter Austausch zu einzelnen Maßnahmen des Bundes und der Länder erfolgt nicht.

In dem IMK-Beschluss wurde darüber hinaus die Einrichtung eines Informationspools beim BKA vereinbart. In diesem sollen die Maßnahmen von Bund und Ländern überblicksartig zusammengestellt werden. Die Meldungen zu Maßnahmen der Länder an das BKA erfolgen auf freiwilliger Basis. Insofern kann die Bundesregierung Angaben zu Maßnahmen der Länder nur machen, wenn diese im Informationspool eingebracht oder im Rahmen der Bund-Länder-Koordinierungsstelle bekannt gegeben wurden.

4. Wird der Aufenthalt von Beamten oder Mitarbeitern der Polizeien der Länder typischerweise im Vorfeld eines Einsatzes zu Ausbildungszwecken im Ausland der jeweiligen deutschen Auslandsvertretung angezeigt, oder halten sich regelmäßig deutsche Vollzugsbeamte im dienstlichen Auftrag auch ohne Kenntnis deutscher Auslandsvertretungen im Ausland auf?

Welche Vereinbarungen gibt es hierzu gegebenenfalls zwischen Bund und Länder?

Eine Meldepflicht von Beamten oder Mitarbeitern der Polizeien der Länder gegenüber dem Auswärtigen Amt ist nicht vereinbart. Bei Projekten, die vom Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder koordiniert werden, werden die jeweiligen Dienstreisen dem Bundesministerium des Innern (BMI) und dem Auswärtigen Amt angezeigt.

5. Inwiefern trifft die Angabe des „DER TAGESSPIEGEL“ zu, es seien insgesamt neun Seminare, die deutsche Polizisten in Deutschland bzw. in Belarus durchgeführt haben, nicht in den Antworten der Bundesregierung auf die parlamentarischen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. angegeben worden?

Um welche Seminare handelt es sich im Einzelnen, und wann wurden diese durchgeführt?

Auf Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

6. Worum handelt es sich beim vom „DER TAGESSPIEGEL“ genannten Projekt „Heranführung der Miliz Belarus an die EU-Standards am Beispiel der deutschen Polizei“?

a) Worin besteht das Projekt, und was ist bzw. war sein wesentliches Ziel?

Deutschland unterstützte Belarus im Rahmen der bilateralen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe bei der Annäherung an die EU mit der Durchführung von Maßnahmen zur Heranführung Belarus an die polizeilichen EU-Standards, indem es am Beispiel der deutschen Polizei die Durchführung von polizeilicher Maßnahmen unter Beachtung rechtsstaatlich-demokratischer Strukturen und Werte vermittelte. Hauptthema war die Bewältigung von polizeilichen Lagen aus besonderem Anlass, insbesondere anlässlich von (Sport-)Großveranstaltungen.

b) Wer (Bundesministerium, Referat, Dienststelle) hat es entworfen, und wer beteiligt sich daran?

Das Projekt wurde im Rahmen der polizeilichen Ausbildungshilfe auf Anfrage Belarus durch das BMI initiiert und im Wesentlichen durch das Bereitschaftspolizeipräsidium Sachsen, das Polizeipräsidium Mannheim sowie durch die Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen umgesetzt und durch Vorträge zur Information zum Projektthema durch den Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder sowie den Leiter des Präsidiums der Bereitschaftspolizei Sachsens ergänzt.

c) Wann wurde mit seiner Umsetzung begonnen, und wann wurde es beendet?

Das Projekt wurde im Jahr 2008 initiiert, 2009 die Umsetzung begonnen und in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt mit Blick auf das damals bekannt gewordene unangemessene Einsatzverhalten gegenüber Demonstranten im Umfeld der Wahl 2010 in Belarus abgebrochen.

d) Wie wurde das Projekt im Einzelnen umgesetzt (bitte Einzelmaßnahmen schildern)?

Im Jahr 2009 wurde das Projekt durch den Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder nach vorheriger Abstimmung an das Land Sachsen übertragen und vom Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder koordiniert. Ergänzend wurde ab September 2009 die Polizei des Landes Niedersachsen und ab Mai 2010 die Polizei des Landes Baden-Württemberg eingebunden. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/10742 vom 24. September 2012 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwiesen.

e) Inwiefern wurde das Projekt in Kooperation oder Absprache mit weiteren (welchen) EU-Staaten durchgeführt, und welche Polizei- bzw. Gendarmerieformen von EU-Staaten waren daran mit welchen konkreten Maßnahmen beteiligt?

Kooperationen bzw. Absprachen mit anderen EU-Staaten fanden nicht statt.

f) Welche sonstigen Projekte bzw. sonstigen Kooperationsformen gab es auf EU-Ebene (bspw. im Rahmen sogenannter EU-twinning-Projekte), die der „Heranführung der Miliz Belarus an EU-Standards“ dienten, und welche deutsche Beteiligung gab es an diesen Projekten oder sonstigen Kooperationsformen?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu der in Frage 6d genannten Kleinen Anfrage verwiesen.

7. Wie viele und welche Einsatzbeobachtungen von Demonstrationsgeschehen hat es seit dem Jahr 2008 durch belarussische Sicherheitskräfte (bitte angeben, aus welcher Sicherheitsbehörde diese genau kamen) in Deutschland gegeben (bitte mit Datum, Ort und Anlass)?

Seit 2008 haben mehrere Einsatzbeobachtungen in den Ländern im Auftrag des BMI (Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder) stattgefunden. Sie können der Anlage 2 entnommen werden.

- a) Wer hat jeweils die Einladung ausgesprochen?

Die Einladungen erfolgten jeweils im Rahmen der Planungen für die Zusammenarbeit durch die hierfür verantwortlichen Länder in Absprache mit dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder.

- b) Inwiefern wird die Bundesregierung von solchen Beobachtungen regelmäßig und zuverlässig durch die einladenden Polizeibehörden (sofern es sich um Länderpolizeien handelt) unterrichtet?

Einsatzbeobachtungen, die im Rahmen von Projekten des BMI (Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder) durchgeführt werden, werden grundsätzlich durch die Länderpolizeien angezeigt.

- c) Inwiefern sieht sie angesichts dieser politisch umstrittenen Einladungspraxis Handlungsbedarf, um eine verbesserte Unterrichtung zu erhalten, und welche Konsequenzen will sie ziehen?

Die Bundesregierung sieht keinen Handlungsbedarf. Die Bundesregierung überprüft kontinuierlich ihre entsprechende Einladungspraxis.

8. Welche Motive lagen der Zusammenarbeit von Bundessicherheitsbehörden (und soweit die Bundesregierung hierzu Stellung nehmen kann, von Landessicherheitsbehörden) mit dem belarussischen Grenzschutz zugrunde?
- a) Welche Bedeutung hatte Belarus in der Vergangenheit, und welche hat es gegenwärtig als Transitland für Flüchtlinge?
- b) Welche Bedeutung hat aus Sicht der Bundesregierung die Abwehr sogenannter irregulärer Migration durch belarussische Sicherheitsbehörden?

Die Vorverlagerungsstrategie, mit dem Ziel der Bekämpfung der irregulären Migration in den Herkunfts- und Transitländern, ist eine Säule des innerhalb der EU abgestimmten Konzeptes des Integrierten Grenzmanagements. Die Aktivitäten im Rahmen der Vorverlagerungsstrategie der Bundespolizei in Belarus wurden initiiert, weil Belarus an der Außengrenze der Europäischen Union liegt und damit an einer wichtigen Migrationsroute. Belarus hat keine gesicherte Grenze mit Russland, Grenzkontrollen finden zwischen diesen Staaten nicht statt. Auch die Grenze zur Ukraine ist nicht vollständig markiert. Daher war (und ist) Belarus ein Transitland der irregulären Migration. Für Deutschland selbst ist Belarus als Ursprungsland irregulärer Migration von nachrangiger Bedeutung. Ziel der Zusammenarbeit der Bundespolizei mit dem belarussischen Grenzschutz war, die grenzpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung effizienter zu gestalten und illegaler Migration, insbesondere internationale Schleusungskriminalität, unter Beachtung des Flüchtlingsrechts besser entgegenzuwirken.

- c) Inwiefern gibt es hierzu Beschlüsse oder Erklärungen auf Ebene der EU?

Die Zusammenarbeit auf EU-Ebene erfolgt u. a. über das Programm Östliche Partnerschaft der Europäischen Nachbarschaftspolitik. In diesem Rahmen ist ein eigenes Panel für Grenzmanagement eingerichtet.

- d) Inwieweit ist nach Ansicht der Bundesregierung in Belarus die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention (insbesondere das Zurückweisungsverbot) sichergestellt, und inwieweit entspricht das dortige Asylsystem menschenrechtlichen Mindeststandards?

Belarus ist Mitglied des Genfer VN-Abkommens über die Rechtstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 und des Genfer Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967. Die Anwendung des Abkommens und des Protokolls ist nach den vorliegenden Informationen sichergestellt, das Zurückweisungsverbot wird, soweit der Bundesregierung bekannt, beachtet. Das belarussische Asylsystem erfüllt nach Kenntnis der Bundesregierung menschenrechtliche Mindeststandards.

- e) Inwieweit kann Belarus nach Ansicht der Bundesregierung als ein „sicherer Drittstaat“ angesehen werden, in dem Sinn, dass Polen, Litauen oder Lettland Asylsuchende an den EU-Außengrenzen ohne inhaltliche Prüfung nach Belarus zurückweisen dürften?

Regelungen zur Einstufung von Staaten als sichere Drittstaaten durch Mitgliedstaaten der EU sind in der Richtlinie 2005/85/EG vom 1. Dezember 2005 enthalten. Artikel 36 Absatz 3, der die Erstellung einer gemeinsamen Liste sicherer Drittstaaten ermöglicht, wurde vom Europäischen Gerichtshof für unwirksam erklärt (Rechtssache C-133/06; Entscheidung vom 6. Mai 2008). Weitere Regelungen sind in Artikel 27 enthalten; sie setzen unter anderem voraus, dass in dem betreffenden Staat Asylsuchende keiner Gefährdung von Leben oder Freiheit aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Überzeugung ausgesetzt sind, und der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung gewahrt wird. Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse dazu vor, dass andere Mitgliedstaaten in Betracht ziehen, die Republik Belarus als sicheren Drittstaat einzustufen. Eine Einstufung der Republik Belarus als sicherer Drittstaat im Sinne von Artikel 16a Absatz 2 des Grundgesetzes käme bereits deshalb nicht in Betracht, weil Belarus die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950 nicht unterzeichnet hat.

- f) Inwieweit trägt die polizeiliche Zusammenarbeit mit Belarus im Bereich des „Migrationsmanagements“ dazu bei, dass Asylsuchende nicht in die EU bzw. an die EU-Außengrenze gelangen?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 8a und 8b verwiesen.

9. Welche Formen der Zusammenarbeit mit dem belarussischen Grenzschutz hat es seit dem Jahr 2000 von Seiten anderer EU-Staaten gegeben?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine detaillierten Erkenntnisse vor. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen.

10. Wer kontrolliert bei der Bundespolizei bzw. dem Bundesministerium des Innern bzw. dem BKA intern und politisch die Ergebnisse der Kurse, Seminare und weiteren Kooperationen mit ausländischen Sicherheitsbehörden, und welche Beispiele kann die Bundesregierung nennen, in denen solche Kooperationsaktivitäten nachweisbar zu rechtsstaatlich und menschenrechtlich arbeitenden Sicherheitsbehörden geführt haben?

Die Ergebniskontrolle erfolgt im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht durch das Bundespolizeipräsidium und das BKA gegenüber den Dienststellen bzw. Beamten, die die einzelnen Maßnahmen umsetzen.

Die Maßnahmen der Länder, die im Verantwortungsbereich des Inspektors der Bereitschaftspolizeien der Länder durchgeführt werden, unterliegen dessen Kontrolle.

Beispielhaft kann in diesem Zusammenhang die (grenz-)polizeiliche Zusammenarbeit mit Kroatien angeführt werden.

11. Für welche der seit 2008 von der Fraktion DIE LINKE. abgefragten Polizeikooperationen wurden Abschlussberichte vorgelegt?
 - a) Was sind die wesentlichen Aussagen dieser Abschlussberichte, bzw. welche generelle Einschätzung hat die Bundesregierung zum Verlauf und zur Wirkung der einzelnen Polizeikooperationen im Allgemeinen und zu jenen mit Belarus im Besonderen?

Dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder liegen Sachstandsberichte seiner Maßnahmen vor, die als Grundlage der Fortentwicklung der Projekte dienen. Das Projekt mit Belarus wurde abgebrochen, deshalb liegt kein Abschlussbericht vor.

Im Rahmen von EU-finanzierten Projekten werden regelmäßig Abschlussberichte bzw. Evaluierungsberichte durch das BKA und die Bundespolizei an die verantwortlichen EU-Gremien übermittelt. Eine Übersendung von Berichten durch das Bundespolizeipräsidium und das BKA an das BMI bei bilateralen (grenz-)polizeilichen Maßnahmen erfolgt lediglich anlassbezogen. Die Maßnahmen werden von den Geschäftsbereichsbehörden in eigener Verantwortung durchgeführt. Die Ergebnisse und Erfahrungen werden bei den fachlichen Planungen der bilateralen (grenz-)polizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe berücksichtigt.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 10 verwiesen.

- b) Ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag allfällige Abschlussberichte oder Erfahrungsberichte zukommen zu lassen, und wenn nein, warum nicht?

Aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 und Artikel 20 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes folgt ein Frage- und Informationsrecht des Deutschen Bundestages gegenüber der Bundesregierung, an dem die einzelnen Abgeordneten und die Fraktionen als Zusammenschlüsse von Abgeordneten nach Maßgabe der Ausgestaltung in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages teilhaben und dem grundsätzlich eine Antwortpflicht der Bundesregierung korrespondiert (BVerfGE 124, 161, 188). Die Vorlage von Dokumenten ist hiervon grundsätzlich nicht erfasst.

12. Welche privaten deutschen Sicherheitsunternehmen sowie wie viele ehemalige oder freigestellte Angehörige der Bundespolizei sind/waren in der Vergangenheit nach Kenntnis der Bundesregierung zu welchem Zweck und mit welchen Aktivitäten in Belarus tätig?

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis von der Tätigkeit deutscher Sicherheitsunternehmen oder von ehemaligen oder freigestellten Angehörigen der Bundespolizei in Belarus. Es bestehen insoweit keine Meldeverpflichtungen von Sicherheitsunternehmen gegenüber der Bundesregierung.

13. Inwiefern kann die Bundesregierung zusichern, dass die von Bundespolizei und BKA gelieferte Ausstattung für den belarussischen Grenzschutz (Computer usw.) bei diesem verblieben ist bzw. inwiefern kann sie ausschließen, dass diese an andere belarussische Sicherheitsbehörden oder Geheimdienste weitergegeben wurde?

Die von der Bundespolizei übergebene Ausstattung wurde zweckgebunden an den belarussischen Grenzschutz übergeben. Der Bundespolizei liegen keine Hinweise darüber vor, dass die übergebene Ausstattung von anderen belarussischen Sicherheitsbehörden genutzt wird oder an diese weitergegeben wurde.

Der belarussische Grenzschutz war kein Kooperationspartner des BKA und von daher auch nicht Empfänger von Ausstattungshilfen des BKA.

Auf die Antwort (Bundestagsdrucksache 17/10742 vom 24. September 2012) der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird verwiesen.

14. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass in der Vergangenheit von Seiten des Bundes oder der Länder polizeiliche Repressionsmittel wie Helme, Schilde, Schlagstöcke, Handfesseln, Pfefferspray usw. an die Sicherheitsbehörden Belarus' geliefert wurden?

Hat sie hierüber konkrete Erkenntnisse, und wenn ja, welche?

Eine Lieferung von Helmen, Schilden, Schlagstöcken, Handfesseln und Pfefferspray fand durch die Bundesregierung nicht statt. Über diesbezügliche Ausstattungshilfen der Länder liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

15. Wie erklärt die Bundesregierung ihre Aussage in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 17/8119), in der es heißt: „Eine Zusammenarbeit mit Milizen oder Geheimdiensten bestand nicht“, angesichts der Tatsache, dass in den vom „DER TAGESSPIEGEL“ zitierten Unterlagen die Projekttitel mit „Stadtmiliz Minsk“ und „Miliz des Gebietes Minsk“ überschrieben waren und die belarussische Polizei, wie andere in Osteuropa, die Selbstbezeichnung „Milizija“ trägt?

Für den Begriff „Miliz“ existiert keine allgemein verbindliche Definition. Die Miliz war in der Sowjetunion und ist in einigen ihrer Nachfolgestaaten bis heute auch die Bezeichnung für die Polizei, die in allen Bereichen dem belarussischen Innenministerium untersteht. Einheiten wie OMON, SpezNaz und ALMAZ sind zwar Spezialeinheiten, aber gleichwohl Polizeieinheiten.

Die Aussage der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 17/8119 vom 9. Dezember 2011, Antwort zu Frage 8), wonach eine Zusammenarbeit mit Geheimdienst und Miliz nicht bestand, bezieht sich ausdrücklich auf die Bundespolizei, die mit dem

belarussischen Grenzdienst, der eine eigenständige Behörde darstellt, kooperiert hat. In der weiter gefassten Antwort zu Frage 9 wurde daher die entsprechende Zusammenarbeit bejaht.

16. Welche Position nimmt die Bundesregierung nun, nachdem sich herausgestellt hat, dass ihre Antworten auf die parlamentarischen Anfragen zum Umfang internationaler Polizeikooperationen nicht vollständig waren, zu Forderungen nach gesetzlich festgelegten verbesserten Informationsrechten des Deutschen Bundestages ein, wie sie beispielsweise im eingangs erwähnten Antrag der Fraktion DIE LINKE. gefordert werden (bitte begründen)?

Die Bundesregierung teilt nicht die in der Fragestellung geäußerte Auffassung einer nicht vollständigen Beantwortung der entsprechenden parlamentarischen Anfrage. Insoweit wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 11b verwiesen.

Umfang und Grenzen des parlamentarischen Frage- und Informationsrechts ergeben sich aus der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. zuletzt BVerfGE 124, 161). Darüber hinausgehende gesetzliche Regelungen hält die Bundesregierung nicht für erforderlich.

17. Aus welchen Gründen und zu welchem Zeitpunkt wurde die polizeiliche Zusammenarbeit mit Belarus eingestellt, und inwiefern gibt es Überlegungen, sie wieder aufzunehmen?

Vor dem Hintergrund der Präsidentschaftswahlen in Belarus im Dezember 2010 und der in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwürfe der Wahlmanipulation, der Inhaftierung von Oppositionellen und Medienvertretern sowie Einschränkungen von Versammlungs- und Meinungsfreiheit und weiteren Problemfeldern, u. a. der Todesstrafenproblematik, wurde die Zusammenarbeit im Bereich der polizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe Ende 2010 durch das Bundeskriminalamt und den Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder eingestellt.

Die Maßnahmen im Bereich der Bundespolizei mit dem belarussischen Grenzschutz wurden in Abstimmung mit dem Auswärtigem Amt nach dem 19. Dezember 2010 reduziert. Der Grenzschutz ist eine eigenständige Behörde in Belarus. Er ist weder dem Innenministerium noch dem Geheimdienst des Landes nachgeordnet. Auch war er nach Kenntnis der Bundesregierung nicht in die gewaltsamen Repressionen nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen eingebunden. Aus den Erfahrungen der Zusammenarbeit war vielmehr der Eindruck zu gewinnen, dass der Grenzschutz ernsthaft eine Entwicklung hin zu einer Grenzpolizei nach rechtsstaatlichen Grundsätzen anstrebt.

Erst mit der weiteren Verschärfung der Repression gegen weißrussische Oppositionelle und der zunehmenden Möglichkeit, dass auch der belarussische Grenzschutz aktiv in entsprechende Maßnahmen einbezogen werden könnte, wurde die Zusammenarbeit vollständig eingestellt und der Grenzpolizeiliche Verbindungsbeamte im Mai 2012 aus dem Land abgezogen. Durch die schrittweise Reduzierung der deutschen Aktivitäten wurde die Botschaft an die belarussische Regierung vermittelt, dass Deutschland ebenso wie die anderen EU-Staaten eine Beendigung der Repressionen gegen die weißrussische Opposition fordert und nur in diesem Fall eine Fortsetzung der Zusammenarbeit auch im grenzpolizeilichen Bereich möglich wäre.

Eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit ist derzeit nicht beabsichtigt.

Abgeschlossene Maßnahmen der Ausbildungshilfe ab 2008 - 2011

Land	Thema	Termin	Kalkulation	Maßnahme	Ort
Brasilien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	11.02. - 13.02.2009	1.713,76 €	Lehrgang	Berlin
Brasilien	Arbeitsbesuch zur Planung der Zusammenarbeit	14.04. - 20.04.2009	15.104,75 €	Arbeitsbesuch	Brasilien
Brasilien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	13.06. - 27.06.2009	2.437,28 €	Lehrgang	Berlin
Brasilien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	13.07. - 17.07.2009	319,10 €	Lehrgang	Berlin
Bulgarien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	18.03. - 23.03.2008	3.842,07 €	Lehrgang	Berlin
Bulgarien	Fachkongress „Netzwerke kommunaler Kriminalprävention“	06.05. - 09.05.2008	4.150,20 €	Arbeitsbesuch	Mannheim
Bulgarien	Arbeitsbesuch zur Bilanzierung und Planung	18.06. - 21.06.2008	3.485,45 €	Arbeitsbesuch	Sofia
Bulgarien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	10.08. - 14.08.2008	7.605,79 €	Lehrgang	Rottweil
Bulgarien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	28.09. - 04.10.2008	14.902,69 €	Lehrgang	Sofia
Bulgarien	Arbeitsbesuch zur Bilanzierung und Planung	07.11. - 09.11.2008	12.495,58 €	Arbeitsbesuch	Sofia
Bulgarien	Fachkonferenz 14. Präventions-Tag	07.06. - 10.06.2009	5.410,35 €	Arbeitsbesuch	Hannover
Bulgarien	Seminar Kriminalprävention	12.10. - 16.10.2009	9.742,93 €	Lehrgang	Sofia
Bulgarien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	28.09. - 03.10.2009	13.761,32 €	Lehrgang	Sofia
Bulgarien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	07.11. - 08.11.2009	2.009,00 €	Lehrgang	Sofia
Bulgarien	Seminar Einsatzlehre/Planübung	08.07. - 12.07.2010	6.618,36 €	Lehrgang	Berlin
Bulgarien	Seminar Einsatzlehre	10.10. - 15.10.2010	12.401,29 €	Lehrgang	Sofia
Bulgarien	Seminar mit Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	14.11. - 18.11.2010	8.942,72 €	Lehrgang	Sofia
Bulgarien	Seminar Einsatzlehre/Planübung	01.12. - 03.12.2010	4.849,86 €	Lehrgang	Sofia

Land	Thema	Termin	Kalkulation	Maßnahme	Ort
Kirgisistan	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	19.05. - 25.05.2008	15.298,42 €	Lehrgang	Dresden
Kirgisistan	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	01.03. - 13.03.2009	14.807,65 €	Lehrgang	Bischkek
Kroatien	Bilanzierung und Planung im Rahmen des Stabilitätspaktes Südosteuropa Projekt Kroatien	27.03. - 29.03.2008	4.131,96 €	Arbeitsbesuch	Kroatien
Kroatien	Seminar und Einsatzbeobachtung Übung Anlass des Einsatzes " Errichtung einer Müllentsorgungsanlage" in Oldenburg	21.04. - 24.04.2008	4.999,34 €	Lehrgang	Oldenburg
Kroatien	Fachkongress „Netzwerke kommunaler Kriminalprävention“	06.05. - 09.05.2008	5.214,88 €	Arbeitsbesuch	Mannheim
Kroatien	Hospitation von kroatischen Einheitsführern	09.06. - 13.06.2008	6.585,72 €	Arbeitsbesuch	Hannover
Kroatien	Seminar Kriminalprävention	11.06. - 18.06.2008	7.024,54 €	Lehrgang	Hannover
Kroatien	Arbeitsbesuch Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	20.06. - 22.06.2008	1.619,46 €	Arbeitsbesuch	Hannover
Kroatien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei Kroatiens	14.07. - 17.07.2008	3.161,34 €	Lehrgang	Zagreb
Kroatien	Seminar kommunale Prävention	08.09. - 14.09.2008	4.919,80 €	Lehrgang	Istrien
Kroatien	Aus- und Fortbildung der Bereitschaftspolizei Kroatien	09.09. - 11.09.2008	4.560,74 €	Lehrgang	Zagreb
Kroatien	Seminar Präventionsmaßnahmen	26.10. - 29.10.2008	6.312,22 €	Lehrgang	Karlovac
Kroatien	Einsatzbeobachtung Castor	06.11. - 10.11.2008	2.495,17 €	Arbeitsbesuch	Niedersachsen
Kroatien	Unterstützung beim Aufbau einer Autobahnpolizei in der Republik Kroatien	10.11. - 14.11.2008	2.368,17 €	Lehrgang	Zagreb
Kroatien	Bilanzierung und Planung im Rahmen des Stabilitätspaktes Südosteuropa Projekt Kroatien	13.11. - 15.11.2008	3.351,71 €	Arbeitsbesuch	Zagreb
Kroatien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei Kroatiens	01.12. - 05.12.2008	5.124,85 €	Lehrgang	Hannover
Kroatien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei Kroatiens	01.12. - 04.12.2008	2.842,11 €	Lehrgang	Zagreb

Land	Thema	Termin	Kalkulation	Maßnahme	Ort
Kroatien	Einsatzbeobachtung kroatischer Führungskräfte im Vorfeld der Handball WM in Kroatien	08.12. - 10.12.2008	1.734,60 €	Arbeitsbesuch	Köln
Kroatien	Arbeitsbesuch zur Bilanzierung und Planung	18.02. - 20.02.2009	5.622,14 €	Arbeitsbesuch	Zagreb
Kroatien	Seminar Kriminalprävention	17.03. - 21.03.2009	9.814,17 €	Lehrgang	Mainz
Kroatien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	16.03. - 18.03.2009	1.577,72 €	Lehrgang	Zagreb
Kroatien	Arbeitsbesuch Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	28.03. - 05.04.2009	2.610,63 €	Lehrgang	Kehl, Straßburg
Kroatien	Fachkonferenz 14. Präventions-Tag	07.06. - 10.06.2009	6.141,05 €	Arbeitsbesuch	Hannover
Kroatien	Seminar Arbeiten in TEE	28.04. - 02.05.2009	6.297,14 €	Lehrgang	Hannover
Kroatien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	20.07. - 23.07.2009	5.852,76 €	Lehrgang	Split
Kroatien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	06.09. - 10.09.2009	4.758,90 €	Lehrgang	Hannover
Kroatien	Zugführerseminar	23.08. 28.08.2009	3.803,45 €	Lehrgang	Oldenburg
Kroatien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	20.10. - 23.10.2009	2.818,99 €	Lehrgang	Hannover
Kroatien	Seminar zu polizeilichen Einsatzfragen aus Anlass eines Großeinsatzes	10.09. - 13.09.2009	2.086,85 €	Lehrgang	Hannover
Kroatien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei (BFE)	21.09. - 25.09.2009	3.829,91 €	Lehrgang	Hannover
Kroatien	Seminar Kriminalprävention	14.09. - 16.09.2009	1.760,47 €	Lehrgang	Zagreb
Kroatien	Seminar Führungsmanagement/ Öffentlichkeitsarbeit	23.11. - 27.11.2009	1.500,00 €	Lehrgang	München
Kroatien	Seminar Verkehrsprävention	11.10. - 17.10.2009	5.837,37 €	Lehrgang	Hannover
Kroatien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	23.11. - 27.11.2009	850,00 €	Lehrgang	Hannover
Kroatien	Seminar mit Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	08.02. - 10.02.2010	1.868,70 €	Lehrgang	München
Kroatien	Seminar Kriminalitätsprävention	09.05. - 11.05.2010	5.032,08 €	Lehrgang	Berlin

Land	Thema	Termin	Kalkulation	Maßnahme	Ort
Kroatien	Seminar Kriminalitätsprävention	26.05. - 29.05.2010	1.894,86 €	Lehrgang	Mainz
Kroatien	Seminar mit Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	03.06. - 07.06.2010	2.752,58 €	Lehrgang	Niedersachsen
Kroatien	Seminar Öffentlichkeitsarbeit	12.07. - 24.07.2010	703,36 €	Lehrgang	Zagreb
Kroatien	Arbeitsbesuch zur Bilanzierung und Planung	22.08. - 24.08.2010	5.530,81 €	Arbeitsbesuch	Zagreb
Kroatien	Seminar Einsatzlehre BePo	29.08. - 03.09.2010	4.569,39 €	Lehrgang	Zagreb
Kroatien	Seminar Aufbau Reiterstaffel	10.09. - 17.09.2010	890,78 €	Lehrgang	Kroatien
Kroatien	Seminar Verkehrssicherheit	12.10. - 15.10.2010	1.544,15 €	Lehrgang	Kroatien
Kroatien	Arbeitsbesuch Jahresübung der Bereitschaftspolizei	14.10. - 16.10.2010	3.083,58 €	Arbeitsbesuch	Kroatien
Kroatien	Arbeitsbesuch Einsatzbeobachtung Castor	04.11. - 09.11.2010	2.570,34 €	Arbeitsbesuch	Deutschland
Kroatien	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	24.10. - 28.10.2010	4.699,01 €	Lehrgang	Deutschland
Kroatien	Seminar Verkehrssicherheit	15.11. - 19.11.2010	7.208,64 €	Lehrgang	Kroatien
Kroatien	Seminar in der Landesinformationsstelle Sport	09.12. - 12.12.2010	2.002,35 €	Lehrgang	Deutschland
Kroatien	Seminar Verkehrssicherheit	08.11. - 12.11.2010	899,36 €	Lehrgang	Deutschland
Kroatien	Seminar Netzwerke der Kriminalprävention u. 3. region. Sicherheitskonferenz	08.03. - 10.03.2011	180,03 €	Lehrgang	Kroatien
Kroatien	S. Qualitäts- und Projektmanagement in Präventionsprojekten	04.04. - 08.04.2011	2.603,12 €	Lehrgang	Kroatien
Kroatien	Arbeitsbesuch Fachkonferenz Präventions-Tag	29.05. - 31.05.2011	7.325,94 €	Arbeitsbesuch	Deutschland
Kroatien	Seminar Organisation, Arbeitsweise und Ausstattung Bereitschaftspolizei	07.06. - 10.06.2011	4.056,29 €	Lehrgang	Kroatien
Kroatien	Seminar Förderung und Entwicklung der Kriminalprävention	14.06. - 17.06.2011	1.791,95 €	Lehrgang	Deutschland
Kroatien	Seminar Förderung und Entwicklung der Kriminalprävention	14.06. - 21.06.2011	5.467,60 €	Lehrgang	Kroatien
Kroatien	Zugführerseminar in Oldenburg	20.06. - 23.06.2011	5.817,78 €	Lehrgang	Deutschland
Kroatien	Führungskräfte-seminar in Kroatien	03.07. - 06.07.2011	1.592,11 €	Lehrgang	Kroatien

Land	Thema	Termin	Kalkulation	Maßnahme	Ort
Kroatien	Bilanzierungsgespräche in Kroatien	05.07. - 07.07.2011	2.791,47	Arbeitsbesuch	Kroatien
Kroatien	Seminar u. Einsatzbeobachtung Großereig.	05.08. - 08.08.2011	2.803,51	Lehrgang	Deutschland
Kroatien	Zugführerlehrgang	29.08. - 31.08.2011	3.711,16 €	Lehrgang	Deutschland
Kroatien	Seminar Förderung und Entwicklung der Kriminalprävention	06.09. - 13.09.2011	7.582,67 €	Lehrgang	Deutschland
Kroatien	Führungskräfte-seminar in Kroatien	09.10. - 12.10.2011	2.655,36 €	Lehrgang	Zagreb
Kroatien	Seminar Förderung und Entwicklung der Kriminalprävention	13.11. - 18.11.2011	2.824,56 €	Lehrgang	Zagreb
Kroatien	Stabilitätspakt Südosteuropa Seminar Verkehrssicherheitsarbeit (Autobahnpolizei & Fahndungsdienste)	20.11. - 25.11.2011	10.084,84 €	Lehrgang	Zagreb
Kroatien	Stabilitätspakt Südosteuropa "Führungskräfte-Seminar"	22.11. - 25.11.2011	763,35 €	Lehrgang	Zagreb
Kroatien	Stabilitätspakt Südosteuropa "Die Prävention in Kroatien auf dem Weg in die Europäische Union"	28.11. - 02.12.2011	3.189,78 €	Lehrgang	Zagreb
Kroatien	Einsatzbeobachtung Castor	22.11. - 29.11.2011	3.092,34 €	Arbeitsbesuch	Niedersachsen
Moldawien	Arbeitsbesuch zur Planung der Zusammenarbeit	16.08. - 20.08.2009	2.246,18 €	Arbeitsbesuch	Bukarest
Moldawien	Seminar Kriminalprävention	08.03. - 13.03.2010	8.371,12 €	Lehrgang	BW
Moldawien	Seminar Kriminalprävention	28.06. - 02.07.2010	6.861,47 €	Lehrgang	Moldawien
Moldawien	Seminar Kriminalprävention	06.09. - 08.09.2010	3.197,35	Lehrgang	Moldawien
Moldawien	Seminar Kriminalprävention	27.09. - 02.10.2010	6.246,26	Lehrgang	Mannheim
Moldawien	Seminar Verkehrssicherheit	15.11. - 19.11.2010	1.961,50	Lehrgang	Stuttgart
Moldawien	Fachseminar in Moldawien zur sozialraumbezogenen Kriminalprävention	02.06. - 06.05.2011	8.173,94	Lehrgang	Moldawien
Moldawien	Arbeitsbesuch Fachkonferenz Präventions-Tag	29.05. - 01.06.2011	5.216,44	Arbeitsbesuch	Stuttgart
Moldawien	Seminar Kriminalprävention im Straßenverkehr	17.10. - 21.10.2011	6.859,24	Lehrgang	Stuttgart

Land	Thema	Termin	Kalkulation	Maßnahme	Ort
Moldawien	Seminar Handbuch für den Kontaktbereichsdienst sowie Seminar Gewalt im Umfeld von Fußballstadien	16.12. - 17.12.2011	1.156,04	Arbeitsbesuch	Moldawien
Polen	Führungskräfte Seminar	07.10. - 09.10.2010	396,00 €	Lehrgang	Berlin
Rumänien	Seminar Präventionsmaßnahmen	19.02. - 21.02.2008	1.958,05 €	Lehrgang	Bukarest
Rumänien	Seminar Präventionsmaßnahmen Sport und Sicherheit	23.02. - 24.02.2008	1.156,58 €	Lehrgang	Rumänien
Rumänien	Seminar Präventionsmaßnahmen	24.03. - 26.03.2008	1.067,14 €	Lehrgang	Sibiu
Rumänien	Seminar zu polizeilichen Einsatzfragen aus Anlass von Fußballspielen	25.04. - 27.04.2008	7.585,44 €	Lehrgang	Düsseldorf
Rumänien	Fachkongress „Netzwerke kommunaler Kriminalprävention“	06.05. - 09.05.2008	3.725,52 €	Arbeitsbesuch	Mannheim
Rumänien	Seminar Präventionsmaßnahmen	20.08. - 25.08.2008	3.300,09 €	Lehrgang	Bukarest
Rumänien	Förderung und Entwicklung der Kriminalprävention	01.12. - 06.12.2008	4.557,60 €	Lehrgang	Rumänien
Rumänien	Fachkonferenz 14. Präventions-Tag	07.06. - 10.06.2009	9.589,22 €	Arbeitsbesuch	Hannover
Rumänien	Seminar Kriminalprävention	16.08. - 21.08.2009	2.896,70 €	Lehrgang	Bukarest
Rumänien	Seminar Kriminalprävention	20.10. - 24.10.2009	2.226,06 €	Lehrgang	Targoviste
Rumänien	Seminar Kriminalprävention	05.10. - 09.10.2009	5.417,88 €	Lehrgang	BW/Münster
Rumänien	S Präv.Zentrum Targoviste	26.04. - 27.04.2010	568,02 €	Lehrgang	Bukarest
Rumänien	Seminar Kriminalprävention	27.09. - 02.10.2010	7.502,13 €	Lehrgang	Mannheim
Rumänien	Seminar Kriminalprävention	29.11. - 04.12.2010	3.915,70 €	Lehrgang	Bukarest
Serbien	Arbeitsbesuch zur Planung der Zusammenarbeit	10.11. - 14.11.2009	1.212,50 €	Arbeitsbesuch	Serbien
Serbien	Seminar förderung und Entwicklung der Kriminalprävention / Verkehrssicherheitsarbeit	30.03. - 02.04.2010	3.759,90 €	Lehrgang	Deutschland
Serbien	Seminar förderung und Entwicklung der Kriminalprävention / Verkehrssicherheitsarbeit	29.11. - 04.12.2010	3.809,15 €	Lehrgang	Deutschland

Land	Thema	Termin	Kalkulation	Maßnahme	Ort
Serbien	Fachseminar in Serbien zur sozialraumbezogenen u. deliktspezifischen Kriminalitätsprävention	20.03. - 23.03.2011	2.979,99 €	Lehrgang	Belgrad
Serbien	Arbeitsbesuch Fachkonferenz Präventions-Tag	29.05. - 31.05.2011	8.377,18 €	Arbeitsbesuch	Deutschland
Serbien	Führungsseminar für geschlossene EE	06.06. - 09.06.2011	5.475,00 €	Lehrgang	Dachau
Serbien	Seminar Sozialraumbezogene Kriminalprävention	02.08. - 06.08.2011	1.548,24 €	Lehrgang	Stuttgart
Serbien	Seminar Sozialraumbezogene Kriminalprävention	20.11. - 24.11.2011	7.216,71 €	Lehrgang	Stuttgart
Türkei	Arbeitsbesuch zur Bilanzierung und Planung	20.04. - 22.04.2008	3.850,62 €	Arbeitsbesuch	Ankara
Türkei	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	21.04. - 25.04.2008	7.375,95 €	Lehrgang	Deutschland
Türkei	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	28.06. - 04.07.2008	10.791,07 €	Lehrgang	Hamburg
Türkei	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	07.09. - 12.09.2008	3.263,36 €	Lehrgang	Hamburg
Türkei	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	01.10. - 04.10.2008	4.391,32 €	Lehrgang	Deutschland
Türkei	Seminar mit Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	24.01. - 29.01.2009	3.000,00 €	Lehrgang	Mainz
Türkei	Arbeitsbesuch zur Bilanzierung und Planung	16.04. - 20.04.2009	6.980,29 €	Arbeitsbesuch	Istanbul
Türkei	Seminar mit Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	30.06. - 05.07.2009	13.711,57 €	Lehrgang	Hamburg
Türkei	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	08.11. - 13.11.2009	3.017,64 €	Lehrgang	Hamburg
Türkei	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	06.10. - 11.10.2009	777,19 €	Lehrgang	Mainz
Türkei	Seminar mit Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes Newroz-Fest	20.03. - 24.03.2010	1.247,15 €	Lehrgang	Ankara
Türkei	Seminar Aus- u. Fortbildung	04.04. - 10.04.2010	12.767,99 €	Lehrgang	Hamburg

Land	Thema	Termin	Kalkulation	Maßnahme	Ort
Türkei	Seminar mit Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	16.09. - 20.09.2010	10.682,77 €	Lehrgang	Hamburg
Türkei	Seminar Einsatztraining	21.09. - 27.09.2010	2.753,66 €	Lehrgang	Ankara
Türkei	Seminar Einsatztraining	26.10. - 31.10.2010	14.718,30 €	Lehrgang	Wiesbaden
Türkei	Seminar Org. und Arbeitsweise in kriminalpräventiven Arbeitszentren	07.02. - 19.02.2011	1.403,85 €	Lehrgang	Mainz
Türkei	Seminar Gewalt gegen Polizeibeamte	11.04. - 15.04.2011	17.654,27 €	Lehrgang	Hamburg
Türkei	Seminar zur Eröffnung der Präv.Zentren	02.06. - 05.06.2011	1.386,12 €	Lehrgang	Türkei
Türkei	Seminar Bewältigung von Lagen aus bes. Anlass/ Einsatzbeobachtung anläß. der Wahlen	26.05. - 31.05.2011	2.516,16 €	Lehrgang	Türkei
Türkei	Seminar für Führungskräfte (Präventionsprojekt Puppenbühne)	13.09. - 17.09.2011	3.555,52 €	Lehrgang	Mainz
Türkei	S für Führungskräfte der türk. Bereitschaftspolizei	18.09. - 24.09.2011	16.582,14 €	Lehrgang	Hamburg
Türkei	Seminar für Führungskräfte in der Türkei	22.11. - 26.11.2011	842,64 €	Lehrgang	Türkei
Türkei	Einsatzbeobachtung Castor	24.11. - 28.11.2011	2.042,90 €	Arbeitsbesuch	Niedersachsen
Ukraine	Aufbau und Arbeitsweise der BP	26.05. - 29.05.2008	7.668,88 €	Lehrgang	NRW
Ukraine	Arbeitsbesuch zur Bilanzierung und Planung	19.08. - 22.08.2008	6.226,06 €	Arbeitsbesuch	Kiew
Ukraine	Seminar Sport und Sicherheit	16.09. - 18.09.2008	3.447,42 €	Lehrgang	NRW+BY
Ukraine	Seminar Führungsmanagement/ Öffentlichkeitsarbeit	26.10. 31.10.2008	11.175,05 €	Lehrgang	Kiew
Ukraine	Arbeitsbesuch Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	21.05. - 26.05.2009	5.186,37 €	Lehrgang	München
Ukraine	Seminar Sport und Sicherheit	11.08. - 14.08.2009	4.984,44 €	Lehrgang	Kiew
Ukraine	Seminar Sport und Sicherheit	08.10. - 11.10.2009	3.843,86 €	Lehrgang	Kiew
Ukraine	Seminar mit Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	25.03. - 27.0.2010	3.253,42 €	Lehrgang	Kiew
Ukraine	Seminar mit Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	11.05. - 16.05.2010	11.779,51 €	Lehrgang	NRW/BLN/HH

Land	Thema	Termin	Kalkulation	Maßnahme	Ort
Ukraine	Arbeitsbesuch zur Bilanzierung und Planung	10.08. - 12.08.2010	4.596,66 €	Arbeitsbesuch	Kiew
Ukraine	Seminar Sicherheit in öffentl. Verkehrsmitteln Berlin	30.08.2010	10,92 €	Arbeitsbesuch	Berlin
Ukraine	Seminar Sport und Sicherheit	30.09. - 03.10.2010	3.261,09 €	Lehrgang	NRW
Ukraine	Seminar Sport und Sicherheit	05.10. - 09.10.2010	7.837,51 €	Lehrgang	Berlin
Ukraine	Seminar mit Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	08.11. - 14.11.2010	8.889,34 €	Lehrgang	Köln
Ukraine	Seminar Ausstattung der BePo / IPOMEX in NRW Münster	11.04. - 14.04.2011	6.476,16 €	Lehrgang	Münster
Ukraine	Seminarbesuch und Bilanzierungsgespräch. und Arbeitsprogramm im IM	19.04. - 21.04.2011	1.772,03 €	Arbeitsbesuch	Kiew
Ukraine	Training für Einheitsführer Teil I	09.08. - 15.08.2011	11.687,99 €	Lehrgang	Dachau
Ukraine	Training für Einheitsführer Teil II	06.09. - 12.09.2011	10.574,45 €	Lehrgang	Dachau
Ukraine	Seminar poliz. Maßnahmen anlässlich v. Großveranstaltung/WM 2012	10.11. - 13.11.2011	3.234,70 €	Lehrgang	Kiew
Ungarn	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	07.10.2009	1.079,01 €	Lehrgang	Budapest
Ungarn	Einsatzbeobachtung Castor	08.11. - 10.11.2009	2.164,76 €	Arbeitsbesuch	Niedersachsen
Ungarn	Arbeitsbesuch zur Bilanzierung und Planung	24.11. - 26.11.2008	2.271,93 €	Arbeitsbesuch	Budapest
Ungarn	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	26.01. - 06.02.2009	1.093,91 €	Lehrgang	München
Ungarn	Arbeitsbesuch Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	03.02. - 09.02.2009	554,36 €	Arbeitsbesuch	BY, NRW
Ungarn	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	16.02. - 31.07.2009	7.956,94 €	Lehrgang	Dachau
Ungarn	Seminar Kriminalprävention	11.06. - 18.06.2009	897,26 €	Lehrgang	Budapest
Ungarn	Seminar Arbeiten mit Hunde- u. Reiterstaffel	14.07. - 17.07.2009	1.345,64 €	Lehrgang	Budapest
Ungarn	Seminar Sport und Sicherheit	15.10. - 19.10.2009	1.542,54 €	Lehrgang	Düsseldorf
Ungarn	Seminar BeDO	01.10.2010	344,00 €	Lehrgang	Dachau

Land	Thema	Termin	Kalkulation	Maßnahme	Ort
Ungarn	Seminar Führungskräfte	11.11. - 17.11.2010	4.591,78 €	Lehrgang	Neuss
Ungarn	Seminar Lagebewältigung Großeinsätze	02.11. - 15.11.2010	573,26 €	Lehrgang	Ainring
Ungarn	Seminar Org. und Arbeitsweise ziv. Aufklärungskräften	28.02. - 11.03.2011	595,97 €	Lehrgang	Nürnberg
Ungarn	Seminar Org. und Arbeitsweise in einer Hundestaffel	28.11. - 02.12.2011	2.985,89 €	Lehrgang	Düsseldorf
Weißrussland	Arbeitsbesuch zur Bilanzierung und Planung	22.04. - 25.04.2009	2.112,53 €	Arbeitsbesuch	Minsk
Weißrussland	Seminar Aufbau und Fortbildung der Bereitschaftspolizei	09.09. - 13.09.2009	4.174,71 €	Lehrgang	
Weißrussland	Seminar mit Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	19.11. - 25.11.2009	6.294,94 €	Lehrgang	Leipzig
Weißrussland	Arbeitsbesuch zur Bilanzierung und Planung	17.01. - 19.01.2010	3.118,97 €	Arbeitsbesuch	Minsk
Weißrussland	Seminar mit Beobachtung und Begleitung eines Einsatzes	14.02. - 15.02.2010	4.661,49 €	Lehrgang	Dresden
Weißrussland	Seminar Polizeiarbeit bei Großveranst.	14.05. - 19.05.2010	4.505,43 €	Lehrgang	Berlin-Köln-Mannheim
Weißrussland	Studienaufenthalt in der Polizeifachschule	26.07. - 21.08.2010	7.849,30 €	Lehrgang	Chemnitz
Weißrussland	Arbeitsbesuch zur Bilanzierung und Planung	30.08. - 01.09.2010	1.608,36 €	Arbeitsbesuch	Minsk
Weißrussland	Seminar Polizeiakademie Minsk	17.10. - 24.10.2010	2.151,62 €	Lehrgang	Minsk
Weißrussland	Einsatzbeobachtung Castor	05.11. - 08.11.2010	1.305,42 €	Lehrgang	Niedersachsen

Anlage 2

Stand: 10. Oktober 2012

Anlass	Einsatzbeobachtungen	Datum	Ort	Teilnehmer BLR
09.09. - 13.09.2009 Einführungsseminar für eine belarussische Polizeidelegation zur Arbeit der deutschen Polizei, speziell: der Bereitschaftspolizei (Seminar: Organisation u. Arbeit der niedersächsischen Bereitschaftspolizei)	Einsatz aus Anlass eines NPD Aufzuges	12.09.2009	Hannover	<p>Leiter der Hauptverwaltung für Schutz und Vorbeugung der Rechtsordnung der Miliz für öffentliche Sicherheit, Oberst der Miliz</p> <p>stv. Leiter der Miliz des Witebsker Gebietsexekutivkomitees, Leiter der Miliz für öffentliche Sicherheit, Oberst der Miliz</p> <p>stv. Leiter für Schutz und Vorbeugung der Rechtsordnung der Miliz für öffentliche Sicherheit des Stadtexekutivkomitees Minsk, Major der Miliz</p> <p>Hauptinspektor in besonderen Angelegenheiten der Abteilung für internationale Zusammenarbeit, Kapitän der Miliz</p>

Anlass	Einsatzbeobachtungen	Datum	Ort	Teilnehmer BLR
19.11. - 25.11.2009 Internationale polizeiliche Zusammenarbeit (Einsatzbeobachtung in Leipzig)	Einsatz aus Anlass des Spiels der Fußball-Oberliga FSV Zwickau - Sachsen Leipzig	22.11.2009	Zwickau	Leiter der Hauptverwaltung für Schutz und Vorbeugung der Rechtsordnung der Miliz für öffentliche Sicherheit, Oberst der Miliz stv. Leiter der Miliz des Witebsker Gebietsexekutivkomitees, Leiter der Miliz für öffentliche Sicherheit, Oberst der Miliz stv. Leiter für Schutz und Vorbeugung der Rechtsordnung der Miliz für öffentliche Sicherheit des Stadtexekutivkomitees Minsk, Major der Miliz Hauptinspektor in besonderen Angelegenheiten der Abteilung für internationale Zusammenarbeit, Kapitän der Miliz
	Einsatz aus Anlass Weihnachtsmarkt	23.11.2009	Leipzig	
	Einsatz aus Anlass einer angemeldeten Studentendemonstration	24.11.2012	Leipzig	

Anlass	Einsatzbeobachtungen	Datum	Ort	Teilnehmer BLR
12.02. - 14.02.2010 Besuch einer belarussischen Polizei- delegation im Präsidium der Be- reitschaftspolizei Sachsen (Einsatzbeobachtung beim Polizei - Einsatz aus Anlass des Demonstra- tionsgeschehens zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens)	Einsatz aus Anlass des Jahrestages der Bombardierung von Dresden	13.02.2012	Dresden	<p>Leiter der Abteilung für Sicherheit der öffentlichen Ordnung und Vorbeugung der Miliz der öffentlichen Ordnung des Innenministeriums der Republik Bela- rus, Oberstleutnant der Miliz</p> <p>stv. Leiter der Minsker Stadtmiliz zgl. Leiter der Miliz der öffentlichen Ord- nung, Oberst der Miliz</p> <p>Kommandeur des SEK der Minsker Stadtmiliz, Oberst der Miliz</p> <p>stv. Leiter der Miliz des Gebietes Minsk zgl. Leiter der Miliz der öffentli- chen Ordnung, Oberst der Miliz</p> <p>Hauptinspektor in besonderen Ange- legenheiten der Abteilung für interna- tionale Zusammenarbeit, Kapitän der Miliz</p>
14.05. – 19.05.2010 Seminar: Polizeiarbeit bei Großver- anstaltungen	Einsatz aus Anlass des DFB Pokalend- spiels	15.05.2010	Berlin	<p>Leiter der Verwaltung für den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicher- heit, Oberst der Miliz</p>
	Einsatz aus Anlass eines Spiels der Internationalen Eishockey Föderation Weltmeisterschaft	16.05.2010	Mannheim	<p>stv. Leiter der Minsker Stadtmiliz, Leiter der Schutzpolizei der Stadt Minsk, Oberst der Miliz</p>
	Einsatz aus Anlass eines Spiels der Internationalen Eishockey Föderation Weltmeisterschaft	17.05.2010	Mannheim	<p>Hauptinspektor in besonderen Ange- legenheiten der Abteilung für interna- tionale Zusammenarbeit, Kapitän der Miliz</p>
	Einsatz aus Anlass eines Spiels der Internationalen Eishockey Föderation Weltmeisterschaft	18.05.2010	Köln	<p>Hauptinspektor in besonderen Ange- legenheiten der Abteilung für interna- tionale Zusammenarbeit, Kapitän der Miliz</p>

Anlass	Einsatzbeobachtungen	Datum	Ort	Teilnehmer BLR
26.07. – 21.08.2010 Internationale polizeiliche Zusammenarbeit / Aufenthalt einer belarussischen Delegation im Präsidium der Bereitschaftspolizei Sachsen (Studienaufenthalt in der Polizeischule Chemnitz)	Einsatz aus Anlass des Spiels der Fußball Oberliga FSV Zwickau - Chemnitzer FC	06.08.2010	Zwickau	Referent Abteilung Internationale Zusammenarbeit, Innenministerium BLR, Major der Miliz Hauptinspektor in besonderen Angelegenheiten der Abteilung für internationale Zusammenarbeit, Kapitän der Miliz
	Einsatz aus Anlass des Spiels im DFB Pokal Chemnitzer FC - FC St. Pauli	14.08.2010	Chemnitz	
05.11. – 08.11.2011 Besuch einer Delegation der belarussischen Polizei bei der Bereitschaftspolizei Sachsen (Seminar: Einsatzbeobachtung Castor)	Einsatz aus Anlass eines Castor - Transportes	06.11. - 07.11.2010	Verladebahnhof Dannenberg Ortslage Dannenberg Ortslage Gusborn	Leiter Beweissicherungs- und Dokumentationseinheit der Minsker Stadtmiliz, Oberst der Miliz Referent Referat Einsätze/Massenveranstaltungen der Hauptabteilung der Schutzpolizei des Innenministeriums, Oberstleutnant der Miliz Hauptinspektor in besonderen Angelegenheiten der Abteilung für internationale Zusammenarbeit, Kapitän der Miliz

